

II-12061 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5897/J

1993-12-23

A n f r a g e

der Abg. Auer
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Schließung von Postämtern im Hausruckviertel
(Regionalanliegen Nr. 169)

Im Zuge der geplanten Reform der Poststrukturen wird auch von der Schließung von Postämtern gesprochen. Meldungen des ORF zufolge beabsichtigt die Post- und Telegraphenverwaltung mehrere Postämter in Oberösterreich zu schließen. Genannt wurden unter anderem auch einige Postämter des Hausruckviertels. Andererseits kursieren jedoch Meldungen, daß österreichweit keine Postämter geschlossen werden sollen. Die sich widersprechenden Meldungen verunsichern die Bevölkerung.

Die Postämter sind ein wesentlicher Bestandteil der ländlichen Infrastruktur und somit als wesentliche Elemente der örtlichen und überörtlichen Kommunikation zu betrachten. Durch eine flächendeckende Versorgung wird der Wirtschaftsstandort ländlicher Raum gestärkt. Eine entsprechende örtliche Kundennähe stärkt die Attraktivität von Einrichtungen.

Es stellt sich die Frage, ob eine Schließung kleinerer Postämter ein wirksames Einsparungspotential in einem Großunternehmen bietet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e:

- 1) Beabsichtigt die Post- und Telegraphenverwaltung in absehbarer Zeit Postämter zu schließen?
- 2) Sind von einer derartigen Maßnahme auch Postämter in den politischen Bezirken Wels, Wels-Land, Eferding, Grieskirchen und Vöcklabruck betroffen?
- 3) Wenn ja, welche Gründe sind für eine Schließung dieser Postämter ausschlaggebend?
- 4) Welche positiven Effekte beziehungsweise Vorteile erhofft man sich von einer Schließung?
- 5) Wie läßt sich eine mögliche Schließung von Postämtern mit dem Erfordernis der Kundennähe vereinbaren?